



Bezirksschüler*innenvertretung Köln
Kooperatives Kinder- und Jugendbüro
Alter Markt 62-64
50667 Köln

Bezirksdelegiertenkonferenz vom 26.11.2019
Königin-Luise-Schule
Alte Wallgasse 10, 50667 Köln

Protokoll und Anträge

Inhalt

Vorschlag einer Tagesordnung
Anträge an das Grundsatzprogramm
Sonstige Anträge
Protokoll

Für das Protokoll:

Justin Jason Lam und Xueling Zhou
Bezirksschüler*innenvertretung Köln
Kooperatives Kinder- und Jugendbüro
Alter Markt 62-64
50667 Köln

Vorschlag der Tagesordnung

1. Begrüßung und Formalia
 - Begrüßung
 - Wahl der Zählkommission
 - Wahl des Tagespräsidiums
 - Wahl der*des Protokollant*in
 - Abstimmung der Tagesordnung
 - Vorstellung der verschiedenen Schulen
2. Rechenschaftsbericht
 - Zwischenrechenschaftsbericht des Bezirksvorstandes
3. Anträge
 - Satzungsändernde Anträge
 - Sonstige Anträge
4. Workshopphase
5. Informationen
6. Pause
7. Wahlen
 - Bezirksvorstand (weiblich: 1 | männlich: 1 | neutral: 2)
8. Sonstiges
 - Externe Informationen
 - Termine
 - Vernetzung
9. Verabschiedung
 - Schlusswort
 - Entschuldigungen

Anträge an das Grundsatzprogramm

GP 1

Antragssteller*in: Der Bezirksvorstand der BSV Köln

Antragstext: Die Bezirksdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass das alte Grundsatzprogramm durch folgendes zu ersetzen:

Präambel

Eine demokratische Schule kann es nur in Verbindung mit einer demokratischen Gesellschaft geben. Deshalb verbindet die Bezirksschüler*innenvertretung Köln ihren Kampf um Veränderung im Bildungswesen mit dem Kampf zur demokratischen Veränderung der Gesellschaft.

Das von uns geforderte Schulsystem soll daher soziale Ungerechtigkeit überwinden.

Zum einen kann Chancengleichheit nur geschaffen werden, indem jede*r Schüler*in gleichwertiges Bildungsangebot zu Gute kommt, was ein dreigliedriges selektives Schulsystem ausschließt. Die vermittelte Bildung soll selbstdenkende, Kritisches und damit demokratietaugliche mündige Bürger*innen schaffen.

Wir wollen Schüler*innen zu einem besseren Schulleben verhelfen und das Schulsystem durch Kritik, Verbesserungsvorschläge, Proteste, Beratung und Basisarbeit verbessern.

GP 2

Antragssteller*in: Der Bezirksvorstand der BSV Köln

Antragstext: Die Bezirksdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass das alte Grundsatzprogramm durch folgendes zu ersetzen:

Recht auf allgemeine Bildung / Chancengleichheit

Bildung muss jedem gebührenfrei zugänglich sein. Lernen nach den individuellen Ansprüchen des Einzelnen ist als Hauptpfeiler des Schulsystems zu sehen. Wir fordern ein ausgeglichenes und ausgewogenes Fächerangebot, welches das Spektrum der Gesellschafts-, Natur- und Sprachwissenschaften, sowie der Kunst abdeckt. Schüler*innen müssen lernen sich selbst Urteile über Geschehnisse und Vorgänge zu bilden. Tagespolitik und Zeitgeschehen dürfen Schüler*innen nicht unverständlich erscheinen. Ziel der Bildung muss es sein, die Schüler*innen zu mündigen, demokratisch denkenden und handelnden Bürger*innen zu erziehen. Eine allgemeine Bildung ist daher unabdingbar.

GP 3

Antragssteller*in: Der Bezirksvorstand der BSV Köln

Antragstext: Die Bezirksdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass das alte Grundsatzprogramm durch folgendes zu ersetzen:

Chancengleichheit

Chancengleichheit bedeutet für die BSV Köln gleiche Möglichkeiten für alle Schüler*innen, unabhängig von Herkunft, Glaube und Religion, politischer Einstellung und dem ökonomischen Hintergrund wahrnehmen zu können. Es muss vollkommen irrelevant sein, welchen sozialen Hintergrund ein*e Schüler*in hat. Jede*r Schüler*in muss möglichst neutral und objektiv betrachtet werden.

Außerdem ist die individuelle Förderung der Schüler*innen ist Grundlage für gleichberechtigten Unterricht aller. Um sich als Individuum wahrzunehmen muss gewährleistet sein, dass man sich seiner eigenen Stärken und Schwächen bewusst ist.

Da die Institution Schule nicht alle Fähigkeitsbereiche abdecken kann, sollten Schüler*innen die Möglichkeit bekommen, ihre persönlichen Talente und Kompetenzen, durch Freistellung vom Unterricht auszubauen. Zudem sollten Schüler*innen die Möglichkeit erhalten, gefordertes Wissen individuell wählbar zu erarbeiten, da jede*r Schüler*in unterschiedliche Lernmethoden nutzt.

GP 4

Antragssteller*in: Der Bezirksvorstand der BSV Köln

Antragstext: Die Bezirksdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass das alte Grundsatzprogramm durch folgendes zu ersetzen:

Demonstrationsrecht für Schüler*innen

Noch immer wird den Schüler*innen das Recht auf Demonstration während der Schulzeit verwehrt. Eine aktive Partizipation von Kindern und Jugendlichen muss allerdings auch die Möglichkeit beinhalten Druck auf Politiker*innen und Entscheidungsträger*innen mit Hilfe eines uneingeschränkten Demonstrationsrechts (das auch Proteste während der Unterrichtszeit ermöglicht) ausüben zu können. Aus diesem Grund fordern wir die Berechtigung während der Schulzeit zu demonstrieren und darüber hinaus eine bessere und ernstzunehmende Einbindung in Kommunal-, Landes- und Bundespolitik.

GP 5

Antragssteller*in: Der Bezirksvorstand der BSV Köln

Antragstext: Die Bezirksdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass das alte Grundsatzprogramm durch folgendes zu ersetzen:

Seelische Gesundheit

Fast jede*r fünfte Schüler*in in Deutschland leidet unter psychischen Krankheiten. Stress jeglicher Art gehört für Schüler*innen zum Alltag. Nicht nur der Stress, sondern auch die mangelnden Kompetenzen im Umgang mit psychisch Erkrankten, tragen nicht zu einer Verbesserung der aktuellen Situation bei. Sowohl Schüler*innen als auch Lehrer*innen sind nicht auf die Konfrontation mit dieser Thematik vorbereitet, beziehungsweise darauf geschult. Deshalb fordert die BSV Köln die Sensibilisierung von Schüler*innen und Lehrer*innen in Bezug auf diese Thematik. Ein Sensibilisierungsprogramm muss bereits früh ansetzen, bei Lehrer*innen im Studium und bei Schüler*innen spätestens zu Beginn der 7. Klasse, um der Schädigung von Erkrankten im Umfeld vorzubeugen. Hierzu müssen Unterrichtseinheiten eingeführt werden, in welchen über Erkrankte, den Umgang mit ihnen und die Prävention gesprochen werden soll. Hieraus soll eine Gleichstellung von psychischen und physischen Erkrankungen folgen und der Lebensort Schule einem Schutzraum näherkommen. Niemand soll aufgrund ihrer*seiner Erkrankung benachteiligt werden.

GP 6

Antragssteller*in: Der Bezirksvorstand der BSV Köln

Antragstext: Die Bezirksdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass das alte Grundsatzprogramm durch folgendes zu ersetzen:

Strukturen der SV-Arbeit

Neben der Finanzierung von SV-Arbeit werden auch sonstige Strukturen in der Schule den SVen nicht ausreichend zur Verfügung gestellt. Wir fordern daher, dass für die SV ein SV-Raum zur Verfügung gestellt werden muss, zu dem die SV eigene Schlüssel besitzt und den sie nach eigenem Ermessen einrichten kann. Auch muss der SV ein Arbeitsplatz mit Computer zur Verfügung gestellt werden. Die SV erhält eine eigene Ausgabe der BASS, sowie Protokolle von Fachkonferenzen und Schulkonferenzen ungefragt zur Verfügung gestellt. Weiterhin fordern wir eine stärkere Partizipation von Schüler*innen in einer Schule als demokratische Institution. Dazu müssen u. A. folgende Schulrechtsänderungen vorgenommen werden:

→ Die Schulleitung muss sich auf Wunsch der SV monatlich mit der SV treffen. Sie kann diese Aufgabe nicht an andere Lehrkräfte übergeben.

→ Neben der Auflösung der Drittelparität erhält diese weiteren Befugnisse in den Punkten: Verwendung von finanziellen Mitteln, Personaleinstellung, Schul- und Unterrichtsentwicklung, Schul- und Unterrichtsgestaltung.

→ Schüler*innen sind stimmberechtigte Mitglieder in den Fachkonferenzen.

GP 7

Antragssteller*in: Der Bezirksvorstand der BSV Köln

Antragstext: Die Bezirksdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass das alte Grundsatzprogramm durch folgendes zu ersetzen:

Antifaschismus

Schon im Faschismus wurde aktiv von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ein Zeichen gegen das menschenfeindliche Handeln des Nazi-Regimes gesetzt. Wir als Schüler*innen sehen es als unsere Aufgabe an, gegen den Faschismus mit allen seinen Strukturen zu arbeiten. Wir kritisieren den damaligen Umgang beider deutscher Staaten mit ehemaligen Nazi-Eliten, die ihre gesellschaftliche Funktion trotz Entnazifizierung weiterhin ausüben konnten.

Für Schüler*innen ist die Berichterstattung über die unterschiedlichen Motive der Widerstand Leistenden in den Geschichtsbüchern ungenügend. Wir fordern eine differenzierte und kritische Darstellung auch der antifaschistischen Widerstandsbewegung im Hitler-Faschismus! Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus im Unterricht findet unzureichend statt und muss besser in die Lehrpläne integriert werden. Da Schule ein Ort der Demokratie sein sollte, fordern wir eine von Lehrer*innen und Schüler*innen getragene aktive Aufklärungsarbeit über antidemokratische Strukturen. Genauso ist uns die Auseinandersetzung mit aktuellen neofaschistischen, rechtsradikalen und rechtspopulistischen Gruppierungen und Parteien zu wenig Thema im derzeitigen Unterricht. Hier wird unzureichend aufgeklärt. Oft werden menschenfeindliche Äußerungen - zur aktuellen Politik - von Schüler*innen nicht kommentiert und nicht weiter beleuchtet. Dies liegt zum einen an mangelnder Zeit und zu geringer Sensibilisierung von Lehrer*innen für dieses Thema schon im Studium, zum anderen auch am fehlenden Hintergrundwissen bzw. gefährlichen Halbwissen der Lehrkräfte. Aus diesem Grunde fordern wir die verstärkte Sensibilisierung von Lehrkräften und die Einräumung von genügend Zeit.

Die Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ befürworten wir deshalb sehr. Wir, die BSV Köln engagieren uns gezielt gegen faschistische und rassistische Gruppierungen

GP 8

Antragssteller*in: Lasse Schäfer (*Humboldt-Gymnasium*)

Antragstext: Die Bezirksdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass das alte Grundsatzprogramm durch folgendes zu ersetzen:

Bildungsfinanzierung

Die BSV Köln setzt sich für eine Bildungsfinanzierung durch den Staat ein. Ein kostenloser Zugang zu Bildung muss weiterhin vom Staat garantiert werden. Demzufolge lehnt die BSV Köln Schulgebühren in jeglicher Form ab. Gleichermäßen stellt sie sich gegen eine Bildungsfinanzierung durch Unternehmen. Die BSV Köln fordert eine stärkere Priorisierung von Investitionen in Bildung.

Begründung: Da Bildung der entscheidende Faktor für die Zukunft unserer Gesellschaft ist, muss Bildung, um Chancengleichheit zu realisieren, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses jedem gleichermaßen zugänglich sein. Eine Teilhabe der Wirtschaft an der Schule bedeutet eine Gefahr für die staatlich garantierte und kostenlose Bildung, da das Streben nach Profit und Einfluss im Mittelpunkt unternehmerischer Arbeit stehen. Werden Zuwendungen von Seiten der Wirtschaft angenommen, entsteht ein Abhängigkeitsverhältnis und somit das Risiko, dass Schule ihre weitgehende Unabhängigkeit verliert.

GP 9

Antragssteller*in: Lasse Schäfer (*Humboldt-Gymnasium*)

Antragstext: Die Bezirksdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass das alte Grundsatzprogramm durch folgendes zu ersetzen:

Mediennutzung

Die BSV Köln fordert eine stärkere Einbindung moderner Medien in den Regelunterricht und die Bereitstellung einer zeitgemäßen Ausstattung. Deutlich schneller soll darauf hingearbeitet werden, alle Klassenräume Kölns mit digitalen Projektoren (Beamern) oder – besser – interaktiven Whiteboards auszustatten. Schüler*innen sollten mit der Nutzung von digitaler Technik stärker vertraut gemacht werden, indem diese stärker in den Unterricht eingebunden wird. Zusätzlich müssen Lehrkräfte angemessene Fortbildungen zum Umgang mit diesen Medien erhalten. Die BSV Köln unterstützt zudem die Einführung digitaler Vertretungspläne.

Begründung: Viele Kölner Schulen müssen nach wie vor stark veraltete Technik wie Overheadprojektoren benutzen. Moderne Medien ermöglichen eine immense Steigerung der Unterrichtsqualität, sofern die Lehrkräfte mit ihnen vertraut sind. Um dies zu gewährleisten, müssen Lehrkräfte entsprechende Fortbildungen erhalten. Auch für Schüler*innen ist die Nutzung von digitalen Medien für Schulaufgaben und hinsichtlich der Vorbereitung auf die moderne Arbeitswelt eine unverzichtbare Fähigkeit geworden. Schulen sollten nicht Methoden von gestern, sondern Methoden von morgen lehren.

GP 10

Antragssteller*in: Xueling Zhou (*Genoveva-Gymnasium*)

Antragstext: Die Bezirksdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass das alte Grundsatzprogramm durch folgendes zu ersetzen:

Schule und Religion

Viele Schüler*innen aus Köln kommen aus einer Familie mit religiösem Hintergrund. Da Köln eine der migrationsreichsten Städte NRWs ist, ist es wichtig die kulturellen, religiösen sowie die damit verbundenen sozialen Aspekte weiterhin zu thematisieren, um eine Akzeptanz und Toleranz zu entwickeln.

GP 11

Antragssteller*in: Xueling Zhou (*Genoveva-Gymnasium*)

Antragstext: Die Bezirksdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass das alte Grundsatzprogramm durch folgendes zu ersetzen:

Emanzipierter Antisexismus

Antisexismus ist ein stark thematisiertes Thema in unserer heutigen Gesellschaft. Nicht nur Frauen sind von sexistischen Vorurteilen betroffen, sondern auch diverse Geschlechter. Heutzutage sind immer noch sexistische Handlungen, wie z.B. in Ungleichbehandlungen oder Diskriminierung, stark im gesellschaftlichen Konter vertreten. Durch die Weiterentwicklung der Geschlechtszugehörigkeiten sind nun auch diverse Geschlechter von den sexistischen Handlungen betroffen. Somit ist es wichtig, diesen Aspekt weiterhin zu thematisieren, um eine gesellschaftliche Akzeptanz und Toleranz zu entwickeln und zu festigen.

GP 12

Antragssteller*in: Der Bezirksvorstand

Antragstext: Die Bezirksdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass das alte Grundsatzprogramm durch folgendes zu ersetzen:

Lerninhalte

Alle Bildung muss auf methodischen Grundfähigkeiten beruhen und zu einem individuell größtmöglichen Allgemeinwissen führen. Soziale Kompetenzen müssen im schulischen Miteinander einen höheren Stellenwert erhalten. Die Fähigkeit zur Selbsteinschätzung und -reflektion muss im Kontext einer zu etablierenden Feedbackkultur vermittelt werden. Demokratische Partizipation muss in Schulen Raum erhalten und gefördert werden. Politische Bildung muss aktuelle Debatten einbeziehen, interessant und Demokratie fördernd gestaltet werden. Eine durch die Lehrkraft lediglich moderierte Wertefindung muss jenseits von restriktiven Normen im offenen Dialog durch Schüler*innen ermöglicht werden. Alle Lernmittel (z.B. Bücher, Arbeitsblätter...) sollen in geschlechtsneutraler Sprache verfasst werden. Dies soll durch Verwendung des Genderstars, oder einer geschlechtsneutralen Wortform (bspw. "Mensch") geschehen.

GP 12

Antragssteller*in: Der Bezirksvorstand

Antragstext: Die Bezirksdelegiertenkonferenz möge beschließen, folgenden Punkt ins Grundsatzprogramm der BSV Köln aufzunehmen:

Berufliche Bildung und Berufsvorbereitung

Vielen Schüler*innen stellt die Entscheidung, welchen Berufsweg Sie gehen wollen, eine Aufgabe da, die Sie aktuell nicht konkret beantworten können. Selbst wenn diese Frage für die einzelne Person beantwortet ist, so werden nicht alle Azubis hinreichend durch den Betrieb auf die Zukunft vorbereitet. Dies kann vermehrt zu Ausbildungsabbrüchen, einer Verlängerung der Ausbildungszeit (Wiederholung der Prüfung) und Unzufriedenheit am Arbeitsplatz führen.

Daher fordern wir, dass bis Ende der Klasse 10.1 mindestens 2 durch die Schule betreute Praktika angeboten werden (zzgl. zu Tagespraktika). Dazu soll auch in der Sekundarstufe II ein weiteres betreutes Praktikum angeboten werden. Des Weiterem sollen den Schüler*innen viele weitere Berufe anschaulich vorgestellt werden (bspw. durch Gewerkschaften oder Ausbildungsleiter*innen). Zudem soll durch die Schulen ein Bewerbungstraining (ggf. in Kooperation mit der Agentur für Arbeit) angeboten werden. Auch sollen weitere Möglichkeiten der Lebensgestaltung nach dem Schulabschluss vorgestellt werden. (FSJ, Praktika (in- und Ausland), Studium usw.)

Darüber hinaus fordern wir von den Berufsschulen, enger mit den Ausbildungsbetrieben sowie dem Kenntnisstand der Schüler*innen zu arbeiten, um für die Schüler*innen eine möglichst optimale Ausbildung zu gewährleisten.

Die Vorstellung einer möglichst großen Auswahl von Berufsfeldern ist die Grundlage für einen frühen und für alle beteiligten erfolgreichen Berufseinstieg.

GP 14

Antragssteller*in: Der Bezirksvorstand

Antragstext: Die Bezirksdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass das alte Grundsatzprogramm durch folgendes zu ersetzen:

Demokratie und Mitbestimmung

Eine Demokratie kann nur dann eine wirkliche sein, wenn sich die Menschen an ihr beteiligen und wenn ihnen die Rahmenbedingungen diese Mitbestimmung dieses ermöglichen. Innerhalb einer Schule muss daher die Schüler*innenvertretung entsprechend gefördert werden. Wir fordern die Erweiterung der Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schüler*innen in der Schule beispielsweise einen Schüler*innenanteil von mindestens 50% in der Schulkonferenz. Ein weiterer wichtiger Schritt hin zu mehr Partizipation ist die Abschaffung der rein beratenden Stimmen von Schüler*innen in Fachkonferenzen. Es ist dringend erforderlich, dass Schüler*innen in den besagten Konferenzen ihren Interessen mit so vielen Stimmen wie die stimmberechtigten Lehrer*innen Ausdruck verleihen dürfen, sodass eine Aufteilung von 50% zwischen stimmberechtigten Schüler*innen und Lehrer*innen besteht. Jede Schüler*innenvertretung muss das uneingeschränkte Recht auf einen angemessenen Raum in der Schule und finanzielle Unterstützung durch die Kommune (mindestens 500 Euro pro Schuljahr) haben.

GP 15

Antragssteller*in: Der Bezirksvorstand

Antragstext: Die Bezirksdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass das alte Grundsatzprogramm durch folgendes zu ersetzen:

Unterricht

Um zu vermeiden, dass die Schüler*innen in den heterogenen Lerngruppen über- oder unterfordert werden, stellen wir uns zum einen eine spezielle Förderung und Forderung von Leistungsstarken und -schwachen in Kleingruppen in einzelnen Unterrichtssituationen vor. Zum anderen sollen die Schüler*innen lernen, sich gegenseitig beim Erarbeiten und Erlernen von Inhalten zu helfen. Wichtig ist auch, dass die Schüler*innen verschiedene Lerntechniken kennen lernen und erproben, um herausfinden zu können, mit welchen Methoden sie am besten lernen können. Auch die Methodik des Unterrichts muss abwechslungsreich sein, so dass die Methoden jedem/r Schüler*in gerecht werden. Um einen Unterricht gewährleisten zu können, der allen Schüler*innen gerecht wird, müssen die Lerngruppen deutlich verkleinert werden gegenüber der „normalen“ Klassengröße. Im Unterricht sollte auf aktuelle tagespolitische Ereignisse eingegangen werden. Es ist wichtig, dass die Schüler*innen Nachrichten und das Tagesgeschehen verstehen und nachvollziehen können. Die Schüler*innen sollten befähigt werden, sich eine eigene kritische Meinung zu bilden. Dies ist außerdem wichtig, da Schule im gesamtgesellschaftlichen Kontext zu sehen ist und sie auch hier den Schüler*innen helfen muss, sich im Leben außerhalb der Schule zurecht zu finden. Im Unterricht und im ganzen Schulalltag darf aber nicht allein die Vermittlung von Fachwissen im Mittelpunkt stehen, auch auf die Möglichkeit zum Erwerb von Schlüsselkompetenzen ist zu achten. Darunter verstehen wir zum Beispiel die Fähigkeiten zur (Selbst-)Kritik, Kreativität, Problemerkennungs- und Problemlösungskompetenz, soziale Kompetenz, Eigenständigkeit und Teamfähigkeit, Umgang mit Sprache und (neuen) Medien.

Sonstige Anträge

SA 1

Antragssteller*in: Miriam Scheuss (*Berufskolleg Südstadt*)

Antragstext: Die Bezirksdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass der Bezirksvorstand bei der nächsten Bezirksdelegiertenkonferenz Mandarinen inklusive einem Mandarinschäler der Firma Tupper bereitstellen kann.

Protokoll

Die Bezirksdelegiertenkonferenz wurde am 26.11.2019 in der Königin-Luise-Schule (Alte Wallgasse 10, 50667 Köln) um 08:38 durch den Bezirksvorstand der BSV Köln eröffnet.

Der Bezirksvorstand der BSV Köln schlägt der Bezirksdelegiertenkonferenz folgendes Tagespräsidium vor:

- Moritz Bayerl
- Sophie Halley
- Anton Günspann

Das Tagespräsidium wurde einstimmig, ohne Enthaltungen, gewählt.

Nach der Anmeldung zum Beginn der Sitzung sind aktuell 60 Mandatsträger*innen anwesend.

Änderungsantrag (Ä1)

Es wird ein Änderungsantrag an den Vorschlag der Tagesordnung gestellt.

„Die BDK möge beschließen, die Pause auf eine Stunde und eine Minute zu verlängern.“

Es wird eine inhaltliche Gegenrede gestellt.

Änderungsantrag (Ä2)

Es wird ein Änderungsantrag an den Änderungsantrag Ä1 gestellt.

„Die BDK möge beschließen, die Pause anstatt einer Stunde und einer Minute auf 59 Minuten zu verkürzen.“

Der Antrag wird nicht übernommen.

Der Änderungsantrag Ä2 wird bei Minderheit auf Sicht abgelehnt.

Der Änderungsantrag Ä1 wird bei Minderheit auf Sicht abgelehnt.

Änderungsantrag (Ä3)

Es wird ein Änderungsantrag an den Vorschlag der Tagesordnung gestellt.

„Die BDK möge beschließen, die Tagesordnung wie folgt zu strukturieren:

1. Begrüßung und Formalia
 - a. Begrüßung und Erklärungen
 - b. Wahl des Tagespräsidiums
 - c. Wahl der Zählkommission
 - d. Wahl der*des Protokollant*in
 - e. Verabschiedung der Tagesordnung
 - f. Beschluss des Protokolls der letzten Bezirksdelegiertenkonferenz

2. Vorstellung der Schulen

3. Rechenschaftsbericht
 - a. Zwischenrechenschaftsbericht

4. Informationsphase
 - a. Kölner Jugendring / Jugendbüro

5. Anträge
 - a. an das Grundsatzprogramm
 - b. sonstige Anträge

6. Informationsphase
 - a. Agentur für Arbeit

7. Diskussionsrunde
 - a. Herabsetzung des Wahlalters?

8. Wahlen
 - a. Bezirksvorstand
 - b. Landesdelegierte

9. Sonstiges
 - a. Ökologische Pullover
 - b. Students for Future
 - c. Vernetzung von Schüler*innenvertretungen

10. Verabschiedung
 - a. Schlusswort
 - b. Entschuldigungen“

Der Änderungsantrag Ä3 wird ohne Gegenrede angenommen.

Zur Wahl der Zählkommission haben sich folgende Personen aufgestellt:

Für die Zählkommission 1

- Nino-Pascal Bündgen
- Melek Laalaoui
- Pascal Moll

Die Zählkommission 1 wurde einstimmig, ohne Enthaltungen gewählt.

Für die Zählkommission 2

- Jeffrey Schüller
- Stefanie Graeber
- Duy Viet Vo

Die Zählkommission 2 wurde einstimmig, ohne Enthaltungen gewählt.

Der Bezirksvorstand der BSV Köln schlägt der Bezirksdelegiertenkonferenz folgende Protokollanten vor:

- Xueling Zhou
- Justin Jason Lam

Die Protokollanten wurden einstimmig, mit zwei Enthaltungen gewählt.

Zu diesem Zeitpunkt der Bezirksdelegiertenkonferenz sind 61 Mandatsträger*innen anwesend.

Das Protokoll der Bezirksdelegiertenkonferenz vom 13.06.2019 im Spanischen Bau wurde verabschiedet.

Fürstimmen	Enthaltungen	Gegenstimmen
51	9	1

Antrag an die Geschäftsordnung (G01)

Es wird das Rederecht für Gäste wird beantragt.

Dem Antrag G01 wird ohne Gegenrede stattgegeben.

Die Schulen stellen sich gegenseitig vor.

Zu diesem Zeitpunkt sind 61 Schüler*innen von 30 Schulen Kölns anwesend.

Der Bezirksvorstand stellt einen Zwischenrechnungsbereich vor.

Es findet eine Informationsphase von Mitarbeitern des Kooperatives Kinder- und Jugendbüros (Kölner Jugendring und Stadt Köln) statt, in dieser die Jugendpartizipation sowie das Jugendbüro vorgestellt werden.

Zu diesem Zeitpunkt der Bezirksdelegiertenkonferenz sind 63 Mandatsträger*innen anwesend.

Antrag an die Geschäftsordnung (G02)

Es wird die Vorziehung des Antrages SA1 auf den jetzigen Zeitpunkt beantragt.
Es wird eine inhaltliche Gegenrede gestellt.

Fürstimmen	Enthaltungen	Gegenstimmen
30	15	18

Damit wird dem Antrag G02 stattgegeben

Antrag SA1

Es wird eine inhaltliche Gegenrede gestellt.

Antrag an die Geschäftsordnung (G03)

Es wird eine Eröffnung einer Generaldebatte beantragt.
Es wird eine inhaltliche Gegenrede gestellt.
Es wurde eine Minderheit auf Sicht festgestellt (2 Fürstimmen).
Damit ist der Antrag G03 abgelehnt.

Antrag an die Geschäftsordnung (G04)

Es wird ein Antrag auf Vertagung gestellt.
Es wird eine formale Gegenrede gestellt.
Es wurde eine Mehrheit auf Sicht festgestellt.
Damit wird dem Antrag G04 stattgegeben

Antrag GP1

Änderungsantrag (Ä4)

Es wird ein Änderungsantrag an den Antrag GP1 gestellt.
„Die BDK möge beschließen, den Nebensatz „was ein dreigliedriges selektives Schulsystem ausschließt“ ersatzlos zu streichen.
Der Änderungsantrag Ä4 wird übernommen.

Änderungsantrag (Ä5)

Es wird ein Änderungsantrag an den Antrag GP1 gestellt.
„Die BDK möge beschließen, das Wort „Kampf“ durch „Einsatz“ zu ersetzen.
Der Änderungsantrag Ä4 wird übernommen.

Dem Antrag GP1 wird ohne Gegenrede stattgegeben.

Antrag GP2

Änderungsantrag (Ä6)

Es wird ein Änderungsantrag an den Antrag GP2 gestellt.
„Die BDK möge beschließen, das Wort „Chancengleichheit“ aus der Überschrift ersatzlos zu streichen.
Der Änderungsantrag Ä4 wird übernommen.

Änderungsantrag (Ä7)

Es wird ein Änderungsantrag an den Antrag GP2 gestellt.
„Die BDK möge beschließen, den Satzteil „sowie der Kunst“ durch „sowie der Künste“ zu ersetzen.
Der Änderungsantrag wird nicht behandelt, da der Antrag Ä8 weitreichender ist.

Änderungsantrag (Ä8)

Es wird ein Änderungsantrag an den Antrag GP2 gestellt.

„Die BDK möge beschließen, den Satzteil „sowie der Kunst“ durch „der Musik sowie den Künsten“ zu ersetzen.

Der Änderungsantrag Ä8 wird übernommen.

Änderungsantrag (Ä9)

Es wird ein Änderungsantrag an den Antrag GP2 gestellt.

„Die BDK möge beschließen, das Wort „gebührenfrei“ durch „komplementär zum Nettogehalt“ zu ersetzen.

Der Änderungsantrag Ä9 wird nicht übernommen.

Es wird eine inhaltliche Gegenrede gehalten.

Dem Änderungsantrag Ä9 wird aufgrund einer Mehrheit auf Sicht stattgegeben.

Änderungsantrag (Ä10)

Es wird ein Änderungsantrag an den Antrag GP2 gestellt.

„Die BDK möge beschließen, die Wörter „der Musik“ ersatzlos zu streichen“

Der Änderungsantrag Ä10 wird übernommen.

Es wird eine formale Gegenrede gehalten.

Dem Antrag wird mit 25 Fürstimmen stattgegeben.

Antrag an die Geschäftsordnung (G05)

Es wird ein Antrag auf Vertagung gestellt.

Es wird eine inhaltliche Gegenrede gestellt.

Es wird eine Minderheit auf Sicht festgestellt.

Damit wird dem Antrag G05 nicht stattgegeben.

Änderungsantrag (Ä11)

Es wird ein Änderungsantrag an den Antrag GP2 gestellt.

„Die BDK möge beschließen, das Wort „komplementär“ durch „angeglihen an das Nettogehalt“ zu ersetzen“

Der Änderungsantrag Ä11 wird übernommen.

Änderungsantrag (Ä12)

Es wird ein Änderungsantrag an den Antrag GP2 gestellt.

„Die BDK möge beschließen, den Satz „Bildung muss jedem gebührenfrei zugänglich sein.“ durch „Die Kosten der Bildung hat jedem komplementär zum Nettogehalt zugänglich zu sein“ zu ersetzen“

Der Änderungsantrag Ä12 wird übernommen.

Änderungsantrag (Ä13)

Es wird ein Änderungsantrag an den Antrag GP2 gestellt.

„Die BDK möge beschließen, den Satz „Die Kosten der Bildung hat jedem komplementär zum Nettogehalt zugänglich zu sein“ durch „[...] Nettogehalt der erziehungsberechtigten *zugänglich* [...]“ zu ergänzen “

Der Änderungsantrag Ä12 wird übernommen.

Antrag an die Geschäftsordnung (G06)

Es wird ein Antrag auf Einlegung einer 10-minütigen Pause gestellt.
Es wird eine inhaltliche Gegenrede gestellt.

Fürstimmen	Enthaltungen	Gegenstimmen
26	7	28

Damit wird dem Antrag G06 nicht stattgegeben.

Antrag an die Geschäftsordnung (G07)

Es wird ein Antrag auf Generaldebatte gestellt.
Es wird eine inhaltliche Gegenrede gestellt.
Es wird eine Mehrheit auf Sicht festgestellt.
Damit wird dem Antrag G07 stattgegeben.

Antrag an die Geschäftsordnung (G08)

Es wird ein Antrag auf Begrenzung der Redezeit auf eine Minute gestellt.

Änderungsantrag (Ä14)

Es wird ein Änderungsantrag an den Antrag G08 gestellt.
„Die BDK möge beschließen, die Redezeit auf 30 Sekunden anstatt einer Minute zu beschränken“ zu ergänzen “

Änderungsantrag (Ä15)

Es wird ein Änderungsantrag an den Antrag G08 gestellt.
„Die BDK möge beschließen, die Redezeit auf 25 Sekunden anstatt einer Minute zu beschränken“ zu ergänzen “
Der Änderungsantrag Ä15 wurde zurückgezogen.

Der Änderungsantrag Ä14 wird übernommen.

Dem Antrag G08 wird ohne Gegenrede stattgegeben.

Antrag an die Geschäftsordnung (G09)

Es wird ein Antrag auf Schließung der Redeliste gestellt.
Es wird eine inhaltliche Gegenrede gehalten.
Da der Antrag G09 weitreichender ist, wird dieser zuerst besprochen.

Änderungsantrag (Ä16)

Es wird ein Änderungsantrag an den Antrag G09 gestellt.
„Die BDK möge beschließen, die Debatte zu beenden, anstatt die Redeliste zu schließen.“
Der Änderungsantrag Ä16 wurde zurückgezogen.

Es wurde eine Mehrheit auf Sicht festgestellt.
Damit wird dem Antrag G09 stattgegeben.

Dem Antrag GP2 wurde ohne Gegenrede stattgegeben

Frage an den Bezirksvorstand:

Wie sehen die im Antrag GP2 angesprochenen Gebühren aus?
Bezirksschüler*innenvertretung Köln

Antrag an die Geschäftsordnung (G010)

Es wird ein Antrag auf Vertagung der Anträge GP8 und GP9 gestellt.
Dem Antrag G010 wird ohne Gegenrede stattgegeben.

Antrag GP3

Änderungsantrag (Ä17)

Es wird ein Änderungsantrag an den Antrag GP3 gestellt.
„Die BDK möge beschließen, den Satz „[...] Herkunft, Glaube und Religion“ durch
„Sexualität“ zu ergänzen.“
Der Änderungsantrag Ä17 übernommen.

Änderungsantrag (Ä18)

Es wird ein Änderungsantrag an den Antrag GP3 gestellt.
„Die BDK möge beschließen, den Satz „[...] Freistellung vom Unterricht [...]“ durch
„ausgenommen der Hauptfächern und Leistungskursen“ zu ergänzen.“
Der Änderungsantrag Ä18 übernommen.

Änderungsantrag (Ä19)

Es wird ein Änderungsantrag an den Antrag GP3 gestellt.
„Die BDK möge beschließen, den Teilsatz „[...] Freistellung vom Unterricht [...]“ durch
„durch individuelle Absprachen mit Lehrkräften können einzelne Fächer werden“ zu
ergänzen.“
Der Änderungsantrag Ä19 übernommen.

Antrag an die Geschäftsordnung (G011)

Es wird ein Antrag auf Einlegung einer 60-minütigen Pause gestellt.
Dem Antrag G011 wird ohne Gegenrede stattgegeben.

Die Sitzung wird um 13:05 Uhr durch das Tagespräsidium wiedereröffnet.

Es findet eine Informationsphase von Mitarbeitern der Agentur für Arbeit statt.

Zu diesem Zeitpunkt der Sitzung sind 51 Mandatsträger*innen anwesend.

Antrag an die Geschäftsordnung (G012)

Es wird ein Antrag auf Mandatsprüfung gestellt.
Dem Antrag G012 wird ohne Gegenrede stattgegeben.
Nach der Mandatsprüfung sind 55 neue Mandate ausgegeben wurden.

Antrag GP3

Änderungsantrag (Ä20)

Es wird ein Änderungsantrag an den Antrag GP3 gestellt.

„Die BDK möge beschließen, den Satz „[...] dass man sich seiner eigenen Stärken und Schwächen bewusst ist.“ durch „[...] dass die Schüler*innen von Hauptfächern und Leistungskursen nicht freigestellt werden.“ zu ersetzen.

Zudem soll der Satz „Zudem sollten Schüler*innen die Möglichkeit [...]“ gestrichen werden.“

Antrag an die Geschäftsordnung (G013)

Es wird ein Antrag auf Mandatsprüfung gestellt.

Es wird eine Minderheit auf Sicht festgestellt.

Diese Minderheit wird im Plenum angezweifelt.

Es wurden 11 Fürstimmen festgestellt.

Damit wird dem Antrag G013 nicht stattgegeben.

Änderungsantrag (Ä21)

Es wird ein Änderungsantrag an den Antrag GP3 gestellt.

„Die BDK möge beschließen, im Satz „Jede*r Schüler*in muss möglichst neutral und [...]“ das Wort „möglichst“ zu streichen.“

Der Änderungsantrag Ä21 übernommen.

Antrag an die Geschäftsordnung (G014)

Es wird ein Antrag auf Eröffnung einer Generaldebatte gestellt.

Es wird eine inhaltliche Gegenrede gehalten.

Der Antrag G014 wird zurückgezogen.

Bei dem Antrag GP3 wird eine Mehrheit auf Sicht festgestellt.

Damit wird dem Antrag GP3 stattgegeben.

Antrag an die Geschäftsordnung (G015)

Es wird ein Antrag auf Vorzug der Wahl nach den Antrag GP6 gestellt.

Es wird eine inhaltliche Gegenrede gehalten.

Es wird eine Mehrheit auf Sicht festgestellt

Damit wird dem Antrag stattgegeben.

Antrag GP4

Der Antrag GP4 wird zurückgezogen.

Antrag GP5

Der Antrag GP5 wird zurückgezogen.

Antrag GP6

Änderungsantrag (Ä22)

Es wird ein Änderungsantrag an den Antrag GP3 gestellt.

„Die BDK möge beschließen, im Satz „Neben der Auflösung der Drittelparität“ zu streichen“

Es wird eine inhaltliche Gegenrede gehalten.

Fürstimmen	Gegenstimmen
17	23

Damit wird dem Änderungsantrag Ä22 nicht stattgegeben

Änderungsantrag (Ä23)

Es wird ein Änderungsantrag an den Antrag GP3 gestellt.

„Die BDK möge beschließen, im Satz „Neben der Auflösung der Drittelparität“ durch „welche durch 50% Schüler*innen und 50% Eltern / Lehrkräfte ersetzt wird“ zu ersetzen.“

Es wird eine inhaltliche Gegenrede gehalten.

Änderungsantrag (Ä24)

Es wird ein Änderungsantrag an den Antrag Ä23 gestellt.

„Die BDK möge beschließen, „50% Schüler*innen und 50% Lehrkräfte / Eltern“ durch „51% Schüler*innen und 49% Lehrkräfte / Eltern“ zu ersetzen
Der Antrag Ä24 wird nicht übernommen.

Antrag an die Geschäftsordnung (G016)

Es wird ein Antrag auf Eröffnung einer Generaldebatte gestellt.

Es wird eine inhaltliche Gegenrede gehalten.

Der Antrag G016 wird zurückgezogen.

Bei dem Antrag Ä24 wurde eine Minderheit auf Sicht festgestellt.

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Antrag Ä23 wird übernommen.

Antrag an die Geschäftsordnung (G017)

Es wird ein Antrag auf Entlastung von Jeffrey Schüller und Jordan Dippah Dina gestellt.

Dem Antrag wird ohne Gegenrede stattgegeben.

Antrag an die Geschäftsordnung (G018)

Es wird ein Antrag auf Begrenzung der Redezeit auf 45 Sekunden während der Befragung der Kandidat*innen gestellt.

Dem Antrag wird ohne Gegenrede stattgegeben.

Zur Wahl des Bezirksvorstandes stellen sich folgende Personen auf:

Dur E Samen Bint e Waqas
Xueling Zhou
Konrad Schmitz
Lasse Schäfer
Vivien Julia Sester
Justin Jason Lam

Zur Wahl der Landesdelegierten stellen sich folgende Personen auf:

Dur E Samen Bint e Waqas
Xueling Zhou
Rivka Born
Jakob Godtmann

Während der Stimmauszählung informiert ein Referent von Students for Future über eine Demonstration.

Die Wahlergebnisse werden vom Tagespräsidium bekannt gegeben:

Bezirksvorstand

Name	Fürstimmen	Enthaltungen	Gegenstimmen	Verhältnis
Dur E Samen Bint e Waqas	18	15	13	5
Xueling Zhou	32	6	8	24
Konrad Schmitz	26	10	10	16
Lasse Schäfer	28	10	8	20
Vivien Julia Sester	22	14	10	12
Justin Jason Lam	31	8	7	24

Damit werden in den Bezirksvorstand gewählt: Xueling Zhou, Konrad Schmitz, Lasse Schäfer und Justin Jason Lam.

Landesdelegierte

Name	Fürstimmen	Enthaltungen	Gegenstimmen	Verhältnis
Dur E Samen Bint e Waqas	11	12	18	-7
Xueling Zhou	24	9	16	6
Rivka Born	27	5	12	15
Jakob Godtmann	27	10	5	19

Damit ersetzt Jakob Godtmann Jeffrey Schüller als Landesdelegierte*r für die
Bezirksschüler*innenvertretung Köln.

Xueling Zhou und Rivka Born rücken in der Liste nach.

Damit bestehen die gewählten Landesdelegierten der BSV Köln aus folgenden Personen in
folgender Reihenfolge:

<i>Platz</i>	<i>Name</i>
1	Moritz Bayerl
2	Melek Laalaoui
3	Duy Viet Vo
4	Anina Krivet
5	Miriam Scheuss
6	Paulina Booz
6	Jakob Godtmann
8	Catalina May Tailor
9	Rivka Born
10	Xueling Zhou

Antrag GP7

Der Antrag GP7 wird zurückgezogen.

Antrag GP8

Der Antrag GP8 wird zurückgezogen.

Antrag GP9

Der Antrag GP9 wird zurückgezogen.

Antrag GP10

Der Antrag GP10 wird zurückgezogen.

Antrag GP11

Der Antrag GP11 konnte mangels Zeit nicht besprochen werden.

Antrag GP12

Der Antrag GP12 wird zurückgezogen.

Antrag GP13

Der Antrag GP13 wird zurückgezogen.

Antrag GP14

Der Antrag GP14 wird zurückgezogen.

Antrag GP15

Der Antrag GP15 wird zurückgezogen.

Das Tagespräsidium schließt die Sitzung um 16:01 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:
Justin Jason Lam und Xueling Zhou